

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 8. November 2010, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 28. Oktober 2010 und 4. November 2010 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Aeschlimann Martin
Stimmzähler	Herren Gnehm Urs und Rosser Bruno
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Dubach Roland, Eberhard Werner, Fankhauser Larissa, Friedli Daniel, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermaten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Kuster Müller Beatrice, Leibundgut Remo, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Sägesser Heinz, Schächli Evelyne, von Arb Peter, Walter Grimm Inès, Weber Werner und Wyss Christoph
Entschuldigt	Damen und Herren Aeschbacher Yves, Bachmann Véronique, Rappa Francesco und Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. September 2010	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Aufhebung „Reglement für das Mietamt“ sowie „Reglement über die Gewerbeberichte“	Seite	4
5. Voranschlag 2011	Seite	4
6. Motion Urs Pfister (CVP) betreffend ¼ Stunden-Takt Busverkehr	Seite	14
7. Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend Änderung des Sozialpreisreglements	Seite	15
8. Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend erweiterte Möglichkeit der Akteneinsicht	Seite	15
9. Motion Urs Pfister (CVP) betreffend Produktegruppe 1100 – P Stadtmarketing	Seite	15
10. Dringliche überparteiliche Interpellation GFL / EVP / SP betreffend die Sanierung des Casino	Seite	16
11. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Pausenraumgestaltung Schulhaus Pestalozzi	Seite	17
12. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Prämienzahlungen bei Bauaufträgen der Stadt Burgdorf	Seite	17
13. Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Einnahmen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus öffentlichen Ämtern und Nebenbeschäftigungen	Seite	18
14. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	18

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Gnehm Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtrat Pfister Urs beantragt, dass die Traktanden 6 und 9 vor dem Traktandum 5 behandelt werden, da beide Traktanden budgetrelevant sind.

Der Stadtrat lehnt mit 1 Ja und 35 Nein Stimmen die Änderung der Traktandenliste ab.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. September 2010

Stadtrat Penner Nadaw hat eine Korrektur in seinem Votum auf der Seite 4: „Die SP-Fraktion zeigt ihr ~~Un~~**Verständnis** für die pragmatische Vorgehensweise, da die Kommissionsarbeit nicht über Detailergänzungen hinaus ging.“

Stadtrat Muster Adrian hat zwei Korrekturen in seinem Votum auf der Seite 21: „Wer ein Geschäft im Bahnhofquartier ~~besitzt~~ **tätigen will**, hat es ~~manchmal~~ **oft** nicht einfach einen Parkplatz zu finden.“ und „Das ~~Bahnhofquartier~~ **Bahnhofareal** ist ~~genug~~ **genug** für ein weiteres Provisorium.“

Das Original-Protokoll wird entsprechend geändert.

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 20. September 2010.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er als neues Mitglied im SR Frau Fankhauser Larissa, JF, sowie als Auskunftsperson Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion.

Der Vorsitzende informiert über die eingegangenen Demissionen aus dem SR der Herren Gübeli Thomas, BDP, und Friedli Daniel, SVP, per Ende Jahr 2010. Die letzte Stadtratssitzung in diesem Jahr findet am 13. Dezember 2010 statt und beginnt voraussichtlich um 17.00 Uhr. Im Anschluss findet das Jahresschlusssessen des SR im Restaurant Casino statt.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtratspräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die geplanten Geschäfte des Gemeinderates (Sanierungsstrategie 3, Überprüfung der Wirkungs- und Leistungsziele NPM, Gemeinderatsreform) für das kommende Jahr. Für den Gemeinderat (GR) stehen grosse Aufgaben an. Im Januar wird die Sanierungsstrategie 3 gestartet. Es werden diverse Klausuren stattfinden. Diese Arbeiten werden mit dem Budgetprozess abgestimmt. Eine weitere bevorstehende Arbeit ist auf Empfehlung der GPK entstanden. Der GR will die Indikatoren sowie die Wirkungs- und Leistungsziele überprüfen und überarbeiten. Nachdem NPM seit einigen Jahren funktioniert, hat der GR den Eindruck, es lohnt sich nun genauer hinzuschauen. Dafür wird ebenfalls eine Klausur vorgesehen. Es wird viel Arbeit auf den GR und die Verwaltung zukommen. Die überarbeiteten Indikatoren und Wirkungs- und Leistungsziele werden im Mai 2011 der GPK als erste Gegenlesung unterbreitet. Nach den Herbstferien 2011 wird der GR die

Gemeinderatsreform anpacken. Es muss herausgefunden werden, ob die einzelnen Direktion oder die Gemeinderatsmitglieder irgendwie entlastet und wie die Bereiche besser aufgeteilt werden können. Der GR freut sich auf diese Arbeiten.

4. Aufhebung „Reglement für das Mietamt“ sowie „Reglement über die Gewerbegerichte“

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass am 1. Januar 2011 die neue schweizerische Zivil- und Strafprozessordnung in Kraft tritt. Auf den gleichen Zeitpunkt ändert der Kanton Bern seine Gerichtsorganisation. Das Arbeitsgericht und die Mietämter, die bei den Gemeinden angesiedelt waren, werden aufgehoben und neu zu regionalen Schlichtungsbehörden zusammen geführt. Der SR hat keine andere Wahl als die beiden Reglemente der Form halber aufzuheben. Der Grossrat hat bereits darüber entschieden. Mit der Änderung der bernischen Justizorganisation fallen zwei Institutionen weg, die über Jahrzehnte hinweg wichtige Pfeiler in der erstinstanzlichen Gerichtsbarkeit waren und sich bewährt haben. Die Bevölkerung von Burgdorf und später auch die Bevölkerung von Anschlussgemeinden haben davon profitiert. Diese Fachgerichte mit einem niederschweligen Zugang waren nur dank der grossen nebenamtlichen Tätigkeit von Beisitzerinnen und Beisitzer möglich. Von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Hauseigentümer und dem Mieterverband konnten immer wieder Fachpersonen gefunden werden, die für ein geringes Sitzungsgeld bereit waren, Akten zu studieren und an Gerichtssitzungen teilzunehmen. Hier wurde ohne grosses Getue und in aller Stille viel geleistet. Der GPK ist es ein Anliegen allen Fachpersonen, die beim Arbeitsgericht oder Mietamt mitgewirkt haben, zu danken.

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des Reglements für das Mietamt sowie des Reglements über die Gewerbegerichte per 31. Dezember 2010 zu.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

5. Voranschlag 2011

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass sich die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung vom 21. Oktober 2010 mit dem Voranschlag 2011 auseinandergesetzt hat. Als Auskunftspersonen konnte die GPK Gemeinderat Urech Peter und Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, begrüßen. Mit dem Voranschlag 2011 liegt das sechste Budget auf NPM-Basis vor. Die inhaltliche Struktur ist bekannt. Man hat sich schon fast an die Darstellung gewöhnt. Der Voranschlag ist übersichtlich, gut lesbar und verständlich. NPM ist ein fliessender Prozess. Umstrukturierungen in der Stadt bedingen zwangsläufig auch Umstrukturierungen in den Produktgruppen. Mit solchen zwangsläufigen Veränderungen werden Vergleiche mit den Vorjahren immer erschwert sein. Ist der Voranschlag wirklich so gut verständlich? Die GPK hat sich bei der Auseinandersetzung mit dem Voranschlag eher schwer getan. Ähnlich ging es wohl auch im SR und den Fraktionen. Warum? NPM heisst Direktionsniveau Globalbudget und bedeutet für die Legislative eindeutig erschwerte Einsicht in die Direktionen und Produktgruppen. Bei Medikamenten heisst es: über Risiken und Nebenwirkungen fragen sie ihren Arzt oder Apotheker. Angepasst auf NPM müsste die Formulieren etwa so heissen: über Wirkungen beziehungsweise Leistungen und deren Nebenwirkungen gibt der Voranschlag im Bereich der einzelnen Direktionen zu wenig oder ungenügend Auskunft, also frage man, aber wie und wen in vernünftigen Zeitaufwand? Bezüglich Wirkungen und Leistungen sollten eigentlich die Wirkungs- und Leistungsziele informieren. Sie tun das aber nicht. Diese Erkenntnis besteht seit mindestens zwei Jahren. Stadtpräsidenten Zäch Elisabeth hat bereits über das Problem informiert. Das Problem ist erkannt. Anpassungen sollten demnächst angegangen werden. Veränderungen bei den Zahlen im Voranschlag können aktuell nicht aus den Wirkungs- und Leistungszielen herausgelesen werden. Also

braucht es die Kommentare bei den Produktgruppen. Diese sind aber von Direktion zu Direktion sehr unterschiedlich und gelinde gesagt zu einem guten Teil ungenügend. Wie soll also die Legislative der Voranschlag beurteilen und kommentieren? Es bleiben dazu eigentlich nur die grossen Zahlen unter Beihilfe der Artengliederung. Der GR gab zum Voranschlag 2011 verschiedene Vorgaben, darunter die von einem maximalen Defizit von höchstens 2.9 Mio. Franken. Diese Vorgabe konnte trotz einigem Aufwand bezüglich Einsparungen um 0.8 Mio. Franken nicht eingehalten werden. Das Budget beinhaltet einen Aufwandüberschuss, also ein Defizit von 3.71 Mio. Franken. Im Vergleich zum letztjährigen Finanzplan ist das vorgesehene Defizit um mehr als 3 Mio. Franken kleiner. Es sind für 2011 Nettoinvestitionen von 8.47 Mio. Franken geplant. Auf Basis des Voranschlag 2011 können von den geplanten Nettoinvestitionen nur Fr. 380'000.-- selbstfinanziert werden. Damit ist ein Finanzierungsfehlbetrag, also eine Neuverschuldung von über 8.1 Mio. Franken zu erwarten. Das einmal vorhandene Eigenkapital dürfte Ende 2011 aufgebraucht sein. Zwei grössere und wichtige Investitionsbrocken, nämlich das Casinotheater und die Markthalle, sind dabei noch überhaupt nirgends eingerechnet. Die grössten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2010 sind auf Seite 6 in einem 12 Punkteprogramm aufgelistet. Weitere Abweichungen sind im Kommentar zur Artengliederung, der auch unter NPM eine wichtige und informative Darstellung ist und zum besseren Verständnis notwendig ist, dargestellt. Im Übrigen bringt der Voranschlag keine Überraschungen. Zu den Zahlen wird voraussichtlich Gemeinderat Urech Peter noch ausführlicher informieren. Im Rahmen der Budgetbesprechung hat die GPK die Auskunftspersonen ein weiteres Mal als kompetent und geduldig erlebt. Die GPK möchte sich bei ihnen für ihre Aussagen und Erklärungen bedanken. Der Voranschlag 2011 alleine und isoliert betrachtet, ist korrekt und vertretbar. Ein eigentliches Potential für einfach umsetzbare und wirksame Einsparungen sieht auch die GPK keine. Die GPK nimmt zuerst Stellung zu Ziffer 1b beziehungsweise zum Eventualantrag des GR. Bei diesem Punkt kam es in der GPK zu einer längeren Diskussion. Was soll der Eventualantrag des GR? Wie soll er interpretiert werden? Ist es nun ein Antrag oder nur eventuell ein Antrag? Warum kommt die Erhöhung der Liegenschaftssteuer noch einmal? Was hat der SR an seiner Sitzung im Juni bei der Sanierungsstrategie genau beschlossen? Der SR hat weder eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer abgelehnt, noch hat er beschlossen, dass die Liegenschaftssteuer unverändert bleiben soll. Der SR hat lediglich beschlossen, dass beim Voranschlag 2011 unverändert eine Liegenschaftssteuer von 1.0 ‰ einzuplanen sei. Eine Veränderung des Ansatzes der Liegenschaftssteuer kann nur mit dem Voranschlag beschlossen werden. Dies wurde bereits im Juni klar und eindeutig festgehalten. Aus rein formellen Gründen muss die GPK dem SR empfehlen, auf den Eventualantrag des GR nicht einzutreten. Wird aber für Ziffer 1b der Antrag auf eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer gestellt, dann wird der Vorwand der GPK hinfällig und der SR muss sich definitiv mit der Variante belassen der Liegenschaftssteuer beziehungsweise Erhöhung inhaltlich und politisch befassen. Dem GR wäre man dankbar, wenn er dazu Stellung bezieht. Die GPK empfiehlt dem SR im Weiteren mit 4 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung den Beschlussanträgen 1a, 1c, 1d und 3 des GR auf Seite 5 des Voranschlages zuzustimmen. Die Ziffer 2 des Antrages wird als geprüft dem SR zu politischen Diskussion weitergegeben. Der Finanzplan wird für die Politik je länger umso wichtiger und wertvoller. Er ist zwar immer eine Momentaufnahme und ständigen Wechseln unterworfen. Obwohl er nur zur Kenntnisnahme ist, hilft er uns im SR enorm betreffend Einsicht in die finanzielle Lage der Stadt. Die langfristige Verschuldung scheint sich bei knapp 90 Mio. Franken zu stabilisieren, hat aber eben doch innerhalb von sechs Jahren um gut 40 Mio. Franken zugenommen. Dabei muss immer berücksichtigt werden, dass unter anderem die Sanierung des Casinotheaters und der Markthalle wie bereits gesagt noch nirgends eingerechnet sind. Trotzdem wird das Eigenkapital Ende 2011 aufgebraucht sein. Bis 2014 droht ein kapitaler Finanzfehlbetrag von mittlerweile über 15 Mio. Franken. Weitere Massnahmen sind notwendig, sonst wird die Stadt Burgdorf handlungsunfähig. Es bleibt immer noch das letztjährige Fazit: Einsparungen sind nur durch einen für alle Burgdorfer schmerzhaften Leistungsabbau, erhöhte Gebühren, Verzicht auf bitter notwendige Sanierungen oder letztendlich dann doch durch Erhöhungen der Steuern möglich.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass der GR den Eventualantrag zurückzieht. Es ist nicht sinnvoll, wenn nun über Formalitäten zum Eventualantrag diskutiert wird. Zudem ist der GR überzeugt, dass die Mehrheitsverhältnisse gegenüber der Sitzung im Juni nicht gross geändert haben. Die Sanierung des Haushaltes ist ein schwieriger und langwieriger Prozess. Alle wissen, warum der finanzielle Engpass hauptsächlich entstanden ist. Einerseits wegen den hohen Investitionen beim Lindenfeld, Pestalozzi und der Eishalle. Insgesamt über 38 Mio. Franken hat der SR einstimmig ausgegeben. Keine Partei hat diese Investitionen abgelehnt. Zudem hat es eine Ausweitung des Leistungsangebotes der Stadt Burgdorf insbesondere im Jugend-, Bildungs- und Schulsozialbereich gegeben. Dies waren ebenfalls klare Stadtratsentscheide. Ein weiterer Punkt ist die Ablehnung des Teilverkaufs der

Localnet AG. Das Volk verzichtete damit auf 42 Mio. Franken Einnahmen. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Finanzpolitik des Kantons. Es wurden Sparmassnahmen vorgenommen, die sich direkt auf die Gemeinden auswirken. Die Lastenausgleiche haben ebenfalls eine Auswirkung auf die Gemeinden und können nicht beeinflusst werden. Die Steuersenkungen werden erst jetzt richtig greifen. Dies führt auch bei vergleichbaren Gemeinden wie Bolligen, Köniz und Münsingen zu Steuererhöhungen, damit der Ausfall der kantonalen Steuergesetzrevision ausgeglichen werden kann. Alle wissen, dass der finanzielle Engpass über mehrere Jahre und schrittweise entstanden ist. Der GR und SR, aber auch das Volk selber ist dafür verantwortlich. Jetzt geht es darum, dass wir gemeinsam diese Verantwortung übernehmen, anstatt sie uns gegenseitig in die Schuhe zu schieben. Und es sollte eigentlich allen klar sein, dass der Haushalt nicht auf einen Schlag saniert werden kann, wie es offenbar einige meinen. Die entstandenen Lücken können nur schrittweise gestopft werden, so wie sie auch entstanden sind. Hauruckmethoden wie Rückweisungen von Budgets, noch dazu aus ganz gegensätzlichen Gründen, werfen uns nur zurück und verursachen unnötige, teure oder gar kontraproduktive Reibungsverluste. Der GR hat mit der Sanierungsstrategie 2011 den Weg zur Sanierung des Haushaltes aufgezeigt. Im Juni fand dieser Weg die klare Zustimmung des SR, ausgenommen in der Frage der Liegenschaftssteuervermehrung. Alle Parteien haben die geleistete Arbeit positiv gewürdigt. Das jetzt vorliegende Budget setzt die erzielten Einsparungen vollständig um. Es sind dies über 3.3 Mio. Franken. Trotzdem muss weiterhin ein Defizit budgetiert werden. Das liegt nicht am mangelnden Sparwillen des GR und der Verwaltung. Vielmehr sind es die externen Faktoren, allen voran die Steuergesetzrevision, tiefere Steuereinnahmen durch die Wirtschaftskrise oder Auswirkungen der Lastenausgleichssysteme. Und wie schon gesagt, die einstimmig beschlossenen Investitionen der vergangenen Jahre. Im Wesentlichen wegen dieser Entscheidung des SR liegt das Budgetdefizit höher als das ursprünglich vom GR avisierte Ziel von knapp 3 Mio. Franken. Jetzt geht es darum, den nächsten wichtigen Schritt zu tun. Dieser kann und darf aber nicht darin bestehen, dieses Budget, das hart erarbeitet wurde, über den Haufen zu werfen. Das Defizit können wir noch finanzieren. Für die Zukunft braucht es aber dringend weitere Verzichte und insbesondere wieder mehr Einnahmen. So fehlen ab 2012 jährlich 6 Mio. Franken für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt ohne dass Investitionen getätigt werden. Die Lösung finden wir nicht indem wir nochmals das Budget überarbeiten. Dafür ist die Zeit viel zu kurz. Wir verpuffen damit zu viel Energie. Und wir treffen vielleicht sogar die falschen Entscheidungen. In dieser kurzen Zeit kann nur eine Steuererhöhung vorgeschlagen werden. Der Haushalt kann nur schrittweise und gemeinsam saniert werden, wenn wir die Kräfte auf das nächste Budget 2012 konzentrieren. Wie gesagt, wir können den Haushalt nur schrittweise und gemeinsam sanieren. Und machen wir uns doch nicht vor, wir könnten weitere zwei bis vier Millionen einfach so aus dem Hut zaubern. Dafür braucht es harte politische Arbeit. Diese ist für keine Partei damit getan, dass sie einfach ultimative Forderungen stellt, dass sie sich aus der Verantwortung für vergangene Entscheidungen stiehlt oder dass sie sich jetzt als Sanierungspartei profilieren will. Jetzt ist konstruktive Mitarbeit gefragt. Und es braucht dringend die politische Besonnenheit, Kompromissbereitschaft sowie Sinn für das Machbare. Der GR hat die nächste Sanierungsstrategie 2012 bereits eingeleitet. Es wird dazu auch auf die Antwort zum Auftrag Pfister betreffend Sparmassnahmen verwiesen. Daraus ist ersichtlich, dass der GR entschlossen ist, den Haushalt mittel- und längerfristig im Gleichgewicht zu halten. Es braucht dazu aber auch die Unterstützung des SR im bereits aufgezeigten Sinn. Initiiert wird die Sanierungsstrategie 3 bereits im Dezember. Sie soll im Wesentlichen die Leistungen aufzeigen, die gekürzt oder abgebaut werden können. Dabei gibt es keine Tabuthemen mehr und das ist schon jetzt sicher, das wird weh tun. Vorgesehen ist, dass in der Junisitzung 2011 der SR die Ergebnisse präsentiert bekommt. Der SR wird somit noch rechtzeitig auf den Budgetprozess 2012 Einfluss nehmen können. Gemeinderat Urech Peter nimmt Stellung zu den einzelnen Aspekten dieser Budgetdebatte und die bereits bekannten Vorstösse und Parlamentserklärungen zum Budget. Dem SR wird die Verfassung, also die Gemeindeordnung GO, in Erinnerung gerufen. Sie ist für gute und für schlechte Zeiten gemacht. Der SR soll diese Verfassung auch jetzt beachten und sein Handeln danach richten. Der Artikel 54 der GO zeigt auf, wie der GR und das Parlament handeln müssen, wenn der Finanzhaushalt aus dem Gleichgewicht gerät. Mit dem Budget 2011 ist es noch nicht so weit. Wenn wir an diesem Punkt angelangt sind, was 2012 oder spätestens 2013 der Fall sein wird, sieht die GO eine Sanierungsfrist von 4 bis 8 Jahren vor. Das kantonale Gemeindegesetz geht sogar von 8 Jahren aus. Diese Frist ist angemessen und vernünftig. Der lange Bremsweg verhindert, dass im fahrenden Zug alles über den Haufen fällt, wie das bei einer Notbremsung geschehen würde. Und der lange Bremsweg stimmt mit der Investitionspolitik der letzten Jahre überein. Es sind langfristige Investitionen. Sie bringen der Stadt Burgdorf über viele Jahre hinweg einen grossen Nutzen. Deshalb wird auch abzuwägen sein, ob der Finanzierungsbuckel längerfristig anstatt kurzfristig über drastische Kürzungen des Service public abzutragen sei. Dieser Entscheidung ist eminent politisch und von einer Tragweite, dass auch

der Souverän darüber entscheiden sollte. Im Übrigen ist es nicht so, dass die Stadt Burgdorf schon 2012 oder 2013 mit einer Intervention des Kantons rechnen muss. Das ist erst der Fall, wenn ein kumulierter Bilanzfehlbetrag von über 15 Mio. Franken besteht und die Stadt Burgdorf nur ungenügende Sanierungsmassnahmen vorsieht. Das werden und müssen wir auf jeden Fall verhindern. Der Antrag, das Budget zurück zu weisen, muss unbedingt abgelehnt werden. Alle Parteien im SR haben im Juni die Sanierungsstrategie 2011 begrüsst und positiv gewürdigt. Das vorliegende Budget setzt diese Sparmassnahmen um. Es wäre widersprüchlich und inkonsequent, dieses Budget jetzt abzulehnen. Wie bereits erwähnt, verhindert eine solche Massnahme, dass sich der GR und die Verwaltung auf die nächste Sanierungsrunde für das Budget 2012 konzentrieren können. Es wird unnötig Energie verpufft. Gemeinderat Urech Peter verdeutlicht dies mit einem Bild. Wir blicken in unseren Spartopf und stellen fest, dass er fast leer ist. In dieser Situation bringt es nichts, ihn aus Wut auf den Boden zu zerschmettern. Denn dann müssen wir zuerst mühsam die Scherben zusammenkleben, bis wir wieder einen Topf haben, den wir auffüllen können. Was würde eine Rückweisung des Budgets ganz konkret bedeuten? Ein neues Budget könnte frühestens in der Sitzung vom 28. März 2011 dem SR vorgelegt werden. Wären damit Änderungen in der Steueranlage verbunden, müsste zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Diese könnte wohl allerfrühestens im Juni 2011 stattfinden. Dabei würde sich im Übrigen noch die rechtliche Frage stellen, ob eine vom Volk bewilligte Steuererhöhung rückwirkend per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden könnte. Nach unserer GO dürfen für die Zeit, wo kein bewilligtes Budget vorliegt, nur noch unumgängliche Verpflichtungen eingegangen werden. Über das Schicksal von Investitionsprojekten wie Markthalle und Casino kann in den kommenden Monaten nicht entschieden werden. Es kann auch nicht über eine aktive Bodenpolitik diskutiert werden. Beim Sachaufwand dürfen generell keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden. Überspitzt gesagt heisst das zum Beispiel, wenn der Stadt Burgdorf in der Heizperiode das Öl ausgeht, kann theoretisch kein Nachschub angefordert werden. Hinsichtlich Personalaufwand zeigen sich besonders drastische Auswirkungen bei einer Rückweisung, weil Burgdorf bekanntlich per 1. Januar 2011 vom Leistungs- ins Beitragsprimat wechselt und die Finanzierung des Besitzstandsmassnahmen für das Personal erst greifen kann, wenn das Budget genehmigt ist. Die Zahlungen der Stadt dürfen bis maximal 50% der Jahresleistung betragen. Dies gilt für jegliche Art von Beiträgen und Zahlungen, insbesondere auch für Löhne. Der Ansatz für eine Verbesserung des Finanzhaushaltes kann und muss mit dem Budgetprozess 2012 angegangen werden. Der Finanzhaushalt kann nur durch Steuererhöhungen oder durch drastischen Abbau des Service public geschehen, wahrscheinlich sogar nur durch eine Kombination dieser beiden Massnahmen. Der SR wird gebeten, das vorliegende Budget 2011 zu genehmigen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgen die allgemeinen Kommentare zum Budget und danach die Detailberatung.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich schon seit längerer Zeit mit der Entwicklung der Stadtfinanzen befasst. Die SP-Fraktion hat bereits mehrfach entsprechende Vorstösse eingereicht. Diverse Vorstösse wurden überwiesen und im aktuellen Budget umgesetzt. Das versteht die SP-Fraktion unter sachlicher Finanzpolitik. Der für nächstes Jahr budgetierte Aufwandüberschuss ist seit Jahren bekannt und in noch höhere Form in den Finanzplänen entsprechend ausgewiesen worden. Die Höhe des Aufwandüberschusses konnte dank der Sanierungsstrategie 2 soweit reduziert werden, dass dieses mit dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden kann. Schade ist jedoch, dass der GR, nachdem klar war, dass sein Vorgabe von maximal 2.9 Mio. Franken Aufwandüberschuss nach Ablehnung der Erhöhung der Liegenschaftssteuer nicht weiter gearbeitet und versucht hat, diesen Betrag zu erreichen. Trotz dieses Negativpunktes stimmt die SP-Fraktion dem Budget zu. Wie ist nun das weitere Vorgehen? Nichts tun und auf ein Wunder hoffen, wäre fatal. Mit medial ungesetzter und aufgeregter Sparhysterie oder Rundumschläge kann die Finanzlage auch nicht stabilisiert werden. Gefordert ist eine breite Diskussion frei von Polemik oder festgefahrenen Parteimeinungen. Man muss Fragen stellen dürfen wie zum Beispiel, wie eine sanierte Markthalle dereinst aussieht und zu welchen Kosten diese betrieben werden soll. Es müssen entweder neue Mittel beschaffen werden, die in der MIB für die kommenden Jahren geplanten Investitionen erneut priorisieren oder klipp und klar definieren auf welche Leistungen verzichtet werden soll. Eine Ablehnung des Budgets ist politisch der falsche Weg und deutet auf eine fehlende Auseinandersetzung mit den Stadtfinanzen während dem Jahr. Die SP-Fraktion verschliesst sich nicht vor dieser Diskussion. Die SP-Fraktion arbeitet mit und hat bereits wie schon erwähnt entsprechende finanzpolitische Aufträge eingereicht. Der nächste Schritt ist, wie bereits vom GR erwähnt, die Sanierungsstrategie 3. Basierend auf dieser können klare parlamentarische Vorstösse eingereicht werden. Sobald die Resultate der

Sanierungsstrategie vorliegen, wird die SP-Fraktion ihre Strategie anpassen und über weitere parlamentarische Mittel umsetzen. Die SP-Fraktion dankt Herr Hofer Peter für die fundierte Arbeit und den sorgsamem Umgang mit den Finanzen, dies trotz der nicht ganz einfache Situation und obwohl er eventuell viel Hieb einstecken muss. Die SP-Fraktion hofft, dass die Verwaltung ihn bei der Sanierungsstrategie 3 tatkräftig unterstützt.

Stadtrat Jakob Beat, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt hat. Die EVP-Fraktion dankt für die grosse Arbeit bei der Erstellung des Budgets. Die EVP-Fraktion stimmt dem Budget grundsätzlich zu. Mit Genugtuung konnte festgestellt werden, dass gegenüber dem Finanzplan 2009 eine Ergebnisverbesserung von über 3 Mio. Franken realisiert werden konnte. Einerseits das vorgesehene Defizit von rund 3.7 Mio. Franken und andererseits das schwebende Damoklesschwert über den Finanzen in den folgenden Jahren werden für hitzige Köpfe und Gespräche sorgen. Die EVP-Fraktion appelliert bereits jetzt an alle Parteien, bei den bevorstehenden Gesprächen zwischen wichtig und dringend zu unterscheiden. Dabei handelt es sich nicht um die gleiche Baustelle.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass man lange über das Budget und den Finanzplan diskutiert hat. Die SVP-Fraktion ist zutiefst besorgt über die städtischen Finanzen. Es geht jetzt nicht mehr nur um kosmetische Korrekturen, sondern um voraussichtlich tiefe Einschnitte ins Leistungsangebot der Stadt Burgdorf. Alles was heute noch unter dem Titel „nice to have“ fällt, muss überprüft werden und ist in Zukunft nicht mehr tragbar. Die SVP-Fraktion geht davon aus, dass auf der Aufwandseite die Schraube anzudrehen ist. Nach wie vor ist die SVP-Fraktion nicht bereit, die Ertragsseite physikalisch zu erhöhen. Die SVP-Fraktion wird auch künftig nein sagen zu einer Steuererhöhung. Die SVP-Fraktion wird die Ziffer 1 und 3 des Antrages, die Gemeindesteuern und Hundetaxe, in unveränderter Form gutheissen. Die SVP-Fraktion ist sich den Folgen durchaus bewusst. Die SVP-Fraktion wird aber die Ziffer 2 des gemeinderätlichen Antrages, den Aufwandüberschuss und die Saldi, abweisen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Aufwandüberschuss um gut 1.5 Mio. Franken zu reduzieren, das heisst auf maximal 2.2 Mio. Franken. Der konkrete Vollzug muss, auch im Hinblick auf die Sanierungsstrategie, dem GR überlassen werden. Die SVP-Fraktion will sich nicht mit den einzelnen Produktgruppen und Produkte befassen. Das dies nichts bringt, hat die stadträtliche Verzichtsplanning gezeigt, wo gegen den Widerstand, hauptsächlich von Fensterseite, mit einer lächerlichen Ausnahme, nämlich der Schussgelder von Fr. 50'000.--, alle sorgfältig vorbereiteten Anträge der Kommission im SR abgelehnt wurden. Die SVP-Fraktion sieht aber auch Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten im Bereich Lohnmassnahmen. Der GR verweist in diesem Bereich immer auf den Kanton. Wenn man aber sieht, dass der Kanton zum Beispiel den Erfahrungsaufstieg vor Jahren abgeschafft hat, seit Jahren die Teuerung nicht mehr voll ausgleicht und der Leistungsaufstieg auch nur ungenügend gewährt, so sieht es doch mehr als merkwürdig aus, wenn die Stadt Burgdorf wiederum ein Lohnwachstum von 2% vorsieht. Dies notabene ohne eine allfällige Teuerungszulage. Beim Kanton werden sämtliche Lohnmassnahmen voraussichtlich 1% inklusive Teuerung ausmachen. Auf diesen Punkt hat die SVP-Fraktion seit Jahren immer wieder hingewiesen und passiert ist nie etwas. Bei der Grösse der Schulklassen besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Mit angemessen grossen Klassen sind die entsprechenden Folgekosten durchaus beeinflussbar. In diesem Bereich ist gemäss Wissen der SVP-Fraktion wenig bis gar nichts passiert. Burgdorf muss sich zudem fragen, ob man noch für alles Modelstadt sein will. Rentiert für die Stadt Burgdorf ein Reaudit als Energiestadt für Fr. 150'000.--? Was, ausser einem schönen Titel, bringt es der Stadt und dem Bürger konkret? Es spielen höchstens ideologische Gründe dafür. Haben wir für das wirklich Geld vorhanden? Noch nie wurde in Burgdorf so viel Geld ausgegeben. Die SVP-Fraktion könnte dem Budget mit einigermaßen gutem Gewissen nur zustimmen, wenn der Gegenantrag angenommen wird.

Antrag SVP

Der Aufwandüberschuss ist um gut 1.5 Mio. Franken, das heisst auf maximal 2.2 Mio. Franken, zu reduzieren.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP, dankt dem GR und der Verwaltung für die Erstellung des Voranschlags 2011 und bedauert die daraus ersichtlichen äusserst düsteren Aussichten der finanziellen Zukunft der Stadt Burgdorf. Leider ist es dem GR nicht gelungen die eigenen Vorgaben hinsichtlich der Finanzen einzuhalten. Das Vorhaben über die ganze Verwaltung hinweg 10% einzusparen, wurde oder konnte nicht durchgesetzt werden. Auch ein zweites Ziel, ein Aufwandüberschuss von höchstens 2.9 Mio. Franken, konnte nicht umgesetzt werden. Die BDP-Fraktion hat in einem gewissen Masse Verständnis, dass die Burgdorfer Miliz-Exekutive den konstruktiven Weg mit der Verwaltung gesucht hat um gemeinsam Einsparungen vorzunehmen. Bei einem Versuch ist es leider auch in dieser Budgetplanung geblieben. Seit Jahren warnen die heutigen BDP-Stadträte vor dem nun eingetretenen und künftigen Finanzdebakel der Stadt Burgdorf. Eine eingesetzte Verzichtsplankommission brachte keinen Erfolg. Hier fehlte ganz klar der Spar- und Durchsetzungswille der linken Parteien und des damaligen GR. Mit wenig Verständnis hat die BDP-Fraktion die Folgen der Besitzstandslösung beim Primatwechsel schlucken müssen und ist dazu nicht überzeugt, dass der damals vom SR, ausser von der BDP-Fraktion, abgesegnete Betrag von 6.8 Mio. Franken überhaupt ausreichen wird. Kommentare zum Voranschlag wie „eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist von Nöten“, „eine Steuererhöhung ist unumgänglich“ oder „die Zitrone ist ausgepresst“, lässt die BDP-Fraktion nicht gelten. Die BDP-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass durch Effizienzsteigerung, Prozessoptimierung und Verhinderung von Doppelspurigkeiten weitere Sparmassnahmen ohne grossen Leistungsabbau umsetzbar sind. Der absolute Sparwille konnte bis jetzt nicht durchgesetzt werden. Die BDP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Budgets. Somit will die BDP-Fraktion dem GR den Rücken stärken und die Möglichkeit bieten, die ursprünglich von ihm selber geforderten Einsparungen von 10% in der Verwaltung durchzusetzen. Eine Steuererhöhung kommt für die BDP-Fraktion nicht in Frage.

Antrag BDP Rückweisung des Budgets

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass die Budgetdebatte von staten geht wie man es seit Jahren kennt. Der mehrheitlich bürgerliche GR wird von einem knapp mehrheitlich bürgerlichen Parlament geprügelt für die nicht positive Aussicht auf das nächste Budget. Es gibt nicht viel Neues. Gemeinderat Urech Peter hat in seiner Aufzählung über die Gründe, die zu diesem Ergebnis geführt haben, etwas ganz wichtiges vergessen, nämlich dass die FDP vor sieben Jahren eine Steuersenkung durchgebracht hat. Dies kostete die Stadt Burgdorf rund 15 Mio. Franken. Die wirtschaftsnahe Partei hat es versäumt über ihre Nase zu schauen. Man hätte eigentlich wissen müssen, dass man bei den vielen positiven Budgets auf die Investitionen verzichtet hat, und sich dies später heimzahlen wird. Dieses Geld fehlt nun der Stadt Burgdorf. Geschmunzelt hat man ab dem Antrag der SVP-Fraktion, weil genau der Betrag pro Jahr durch die Steuersenkung verloren geht. Im Radio hat Stadträtin Mumenthaler Regina das Schlagwort des Tages gehört: „Kultur kann man nicht essen.“ Dies hat der italienische Kulturminister gesagt, nachdem er zur Kenntnis nehmen musste, dass die italienischen Kulturdenkmäler zusammenbrechen. Italien hat es versäumt Geld auf die Seite zu legen, um diese zu pflegen. Italien hat auch vergessen, dass genau diese Sachen Touristen ins Land bringen und Arbeitsplätze schaffen. In Burgdorf ist es etwa genau gleich. Man spricht von Leistungsabbau und will die Verwaltung noch mehr drücken. Wenn die Stadt keine Leistungen mehr erbringen kann zugunsten der Allgemeinheit, wird Burgdorf nicht mehr attraktiv, weder als Wohn-, Wirtschafts- oder Kulturstandort. In diesem Sinn wird der SR gebeten, dem Budget zuzustimmen. Die GFL-Fraktion wird einen Auftrag für eine Steuererhöhung einreichen. Diese Steuererhöhung soll der GR auf das Budget 2012 realisieren.

Stadtrat Niederhauser David, namens der EDU, dankt dem GR für die Erarbeitung des Voranschlages 2011. Mit Erleichterung konnte zur Kenntnis genommen werden, dass mit der Sanierungsstrategie 2 das ursprünglich erwartete Defizit 2011 bereits wesentlich gesenkt werden konnte. Aufgrund der sehr schlechten finanziellen Prognosen für die nächsten Jahre ist man überzeugt, dass mit weiteren Sparmassnahmen und allfälligen Leistungskürzungen sowie Etablierung von Investitionen sofort angefangen werden muss. Eigentlich müssten die weiteren Verzichtsmassnahmen bereits ins Budget 2011 einfließen um die finanziellen Probleme möglichst rasch zu verbessern. Man ist sich auch bewusst, dass die Ausarbeitung von weiteren Sparmassnahmen Zeit braucht. Die notwendige Arbeit zur Sanierung der Finanzen soll nicht mit einer Blockade erschwert und die Arbeit für möglichst tragbare Budgets für die nächsten Jahre gefördert werden. In den kommenden Jahren müssen die Anstrengungen

für Sparmassnahmen absolute Priorität haben. Diese Sparmassnahmen kommen eindeutig vor einer Steuererhöhung in Frage. Dem Voranschlag 2011 wird zugestimmt.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-JF-Fraktion, gibt in einem Punkt Stadträtin Mumenthaler Regina Recht, es wird jedes Jahr über das gleiche diskutiert und man dreht sich im Kreis. Stadtrat Muster Adrian hat die alten Akten überprüft und festgestellt, dass man seit sieben Jahren auf das gleiche Szenario hinweist, nämlich das man aufpassen und irgendwann den Aufgabenkatalog überarbeiten muss. Das angehäuften Eigenkapital und die damalige Strategie sind fehlgeschlagen. Im Moment war es gut und man hat sich ein Polster geschaffen, aber man wurde auf der Aufgabenseite komplett träge. Es wurde zu lange nichts gemacht. Die Differenzen zwischen links und rechts waren dabei förderlich. Man hat immer gegeneinander gespielt. Bei der Verzichtsplanung waren die SP und die Grünen nicht sehr kooperativ. Dies führte unter anderem dazu, dass sich die Situation so präsentiert wie wir sie heute haben. Wahrscheinlich hat der vorvorletzte GR, der die Strategie so festgelegt hat mit der Anhäufung des Eigenkapitals, die falsche Strategie gewählt hat. Man hätte sich mehr an der Realität orientieren sollen. Dies können wir jedoch alles nicht ändern. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine Steuererhöhung ohne einschneidende Massnahmen auf der Ausgabenseite nicht in Frage kommt. Die FDP-Fraktion ist aber auch gegen eine Rückweisung des Budgets. Rückweisen muss man eigentlich etwas, das mangelhaft ist. Der Voranschlag 2011 wurde jedoch seriös erarbeitet und die Zahlen entsprechen leider den Tatsachen. Wenn das Budget heute zurückgewiesen wird, ergibt das für den GR eine Feuerwehrübung. Dies bedeutet, dass bis im März 2011 alles blockiert wird und dies geht zulasten der Sanierungsstrategie. Deshalb kann auch der Antrag der SVP-Fraktion nicht unterstützt werden. Es ist besser, wenn man aktiv Einfluss nimmt mit Vorstössen und dem GR die nötigen Impulse gibt. Eine Rückweisung des Budgets bringt niemandem etwas. Es bestehen auch Verbindungen und Verträge, die eingehalten werden müssen. Es braucht einfach mehr Vorlaufzeit. Die Weichen für das Jahr 2012 müssen jetzt gestellt werden. Die FDP-Fraktion wird heute Abend zwei entsprechende Vorstösse einreichen. Die vergangene Steuersenkung kann der FDP-Fraktion vorgeworfen werden, aber Stadtrat Muster Adrian hat festgestellt, dass in der Burgdorfer Bevölkerung das Vertrauen in die Politik fehlt. Die Localnet-Abstimmung ist nicht mit dem Teilverkauf verloren gegangen, sondern weil die Burgdorfer Bevölkerung kein Vertrauen in den GR und die Finanzpolitik hat. Man hat das Gefühl, dass mit grossen Kellen angerichtet wird. Ein wichtiger Punkt ist, dass man das Vertrauen im Hinblick auf den bevorstehenden Prozess wieder gewinnt. Vielleicht war die Abschaffung der Finanzkommission bei der Einführung der neuen GO ein Fehler. Seit dieser Zeit wird immer wieder diskutiert über die Kompetenzen des GR. Man dreht sich immer wieder im Kreis. Man spricht immer vom gleichen und kommt nicht weiter. Vielleicht ist jetzt der Moment, eine Finanzkommission zu schaffen, die politisch zusammengesetzt ist. Die FDP-Fraktion hat zudem eine Parlamentserklärung deponiert. Mit der Zustimmung zum Budget 2011 will man es nicht einfach bewenden lassen, sondern dem GR eine Richtlinie setzen. Die Parlamentserklärung hat Richtliniencharakter. Der SR wird gebeten, die Parlamentserklärung zu überweisen. Das ausgeglichene Budget muss ohne Steuererhöhung erreicht werden. Damit wird erreicht, dass in einem Jahr das Budget nicht nur durch eine Steuererhöhung verbessert wird. Es soll das Signal ausgesendet werden, dass klar der Leistungsverzicht auf der Aufgabenseite im Vordergrund stehen muss. Die FDP-Fraktion stimmt dem Voranschlag 2011 zu und bittet den SR um Unterstützung der Parlamentserklärung.

Parlamentserklärung FDP-JF

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat für 2012 ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhungen vorzulegen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, nimmt Stellung zu den gemachten Voten. Es ist ja schön, dass die SP-Fraktion für das Scheitern der Verzichtskommission verantwortlich gemacht wird. Die Verzichtskommission war bürgerlich dominiert. Der heutige GR ist ebenfalls bürgerlich dominiert. Das Eigenkapital ist aufgebraucht und es herrscht ein Aufwandüberschuss. Es ist nun ein leichtes Spiel der SP-Fraktion die Schuld zuzuschieben. Irgendwo muss sich jeder selber an der Nase nehmen. Es sieht nun eher danach aus, dass man merkt es muss nun etwas gemacht werden. Mit Vorstössen muss die Richtung angezeigt werden. Man soll nicht Minderheiten prügeln, sondern bei den Tatsachen bleiben.

Stadträtin Mumenthaler Regina bringt eine Bemerkung betreffend dem Vertrauen der Politik in der Bevölkerung. Die bürgerlich dominierten Räte schaffen es offenbar nicht, das Vertrauen beim Volk zu gewinnen. Wenn eine Volksabstimmung über eine Steuererhöhung durchgesetzt würde, könnte man

das Vertrauen überprüfen. Es könnte durchaus sein, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Stadt Burgdorf sehen wie es eigentlich gehen müsste damit man zu Geld kommt.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth möchte zum Thema Vertrauen etwas sagen. Sie ist selber viel unterwegs und nahe bei den Leuten. Sie spürt das Vertrauen in der Bevölkerung, unter anderem auch mit den realisierten grossen Projekten. Stadtrat Muster Adrian hat in seinem Votum gesagt, dass man nicht weitergekommen ist und sich nur im Kreis dreht. Diese Aussage stimmt doch nicht. Man muss sich nicht schlechter machen als man gearbeitet hat. Wir haben einstimmig das Schulraum- und Turnhallenproblem gelöst sowie eine Eishalle gebaut. Niemand hat dabei das Referendum ergriffen und das ist doch auch ein Vertrauensbeweis. Die finanzielle Situation war vorausschaubar und es wurde nie etwas versteckt. Die schwierigen Jahre müssen wir gemeinsam meistern. Der GR wird alles versuchen und unternehmen sowie das Beste geben. Der SR wird gebeten, das Budget und die Sanierungsstrategie zu tragen. Man soll sich aber auch daran freuen, was erreicht wurde. Bei der Eröffnung der Eishalle konnten so viele lachende und strahlende Gesichter gesehen werden. Man muss nun auch nicht alles tot reden. Wir sollen froh sein über das Erreichte. Den Rest schaffen wir auch noch.

Stadträtin Schächli Evelyne stört sich grundsätzlich an der Schuldzuweisung von links nach rechts. Es wäre nun wichtig, dass man konstruktiv zusammenarbeitet und versucht die Misere zu bereinigen. Stadträtin Schächli Evelyne erinnert daran, ohne eine Schuldzuweisung zu machen, dass während Jahre keine Investitionen getätigt worden sind und man dadurch einen positiven Abschluss erreicht hat.

Stadtrat Keller Hansjörg unterstützt das Votum von Stadträtin Schächli Evelyne. Es ist toll zu sehen, wie alle Redner ihre Hände in Unschuld waschen und alle andere Schuld sind. Der SR wird dringend aufgefordert, konstruktiv in die Zukunft zu schauen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert über die eingereichten Anträge und die Parlamentsklärung sowie das weitere Vorgehen. Der Eventualantrag des GR wurde zurückgezogen. Über die Parlamentsklärung der FDP-JF-Fraktion wird am Schluss der Budgetdebatte abgestimmt. Ein Antrag der SVP-Fraktion und der BDP-Fraktion liegt vor und über diese wird vor der Detailberatung abgestimmt.

Antrag SVP

Der Aufwandüberschuss ist um gut 1.5 Mio. Franken, das heisst auf maximal 2.2 Mio. Franken, zu reduzieren.

Der Stadtrat lehnt den Antrag mit 13 Ja und 23 Nein Stimmen ab.

Antrag BDP

Rückweisung des Budgets

Der Stadtrat lehnt den Antrag mit 12 Ja und 23 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

D e t a i l b e r a t u n g

(Seiten, Produktgruppen bzw. Direktionen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Seite 20 – 37

Stadträtin Mumenthaler Regina hat drei Fragen. Die erste Frage betrifft die Seite 23. Beim Indikator zur Zufriedenheit der Stadratsmitglieder wurde aufgrund des Geschäftsberichtes festgestellt, dass die Zufriedenheit eigentlich höher ist. Warum ist man nur so bescheiden und setzt ein 3 ein? Der Zufriedenheitsfaktor dürfte höher sein als Dreiviertel. Die zweite Frage betrifft die Seite 28. Warum ist bei den Zahlen zum Stadtmarketing im Jahr 2012 eine massive Erhöhung geplant? Die dritte Frage betrifft die Seite 31. Die Anzahl 3 beim Indikator der schriftlichen Reklamationen ist absolut irrelevant und kann nicht nachvollzogen werden. In welchem Verhältnis steht diese Zahl? Sind 3 Reklamationen viel oder eher wenig?

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass die Indikatoren sowie die Leistungs- und Wirkungsziele überprüft und wenn nötig angepasst werden.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert, dass es sich beim Stadtmarketing um einen Fehler handelt. Es wurde vergessen, die Zahlen entsprechend anzupassen und zu korrigieren. Es bleibt bei den Fr. 100'000.-- weniger pro Jahr.

Seite 38 – 60

Stadtrat Sägesser Heinz begrüsst, dass es einerseits Einsparungen gegeben hat, aber andererseits hat es bei den Positionen 21 und 23 eine Zunahme gegenüber der Rechnung 2009 von rund 15% gegeben. Woher kommt diese Zunahme?

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass es sich bei den Direktionseigenen Kosten um Gemeindegemeinkosten der Direktionen inklusive der Miete handelt. Diese Kosten werden jährlich nach einem Schlüssel verteilt. Es handelt sich dabei um Verschiebungen innerhalb der einzelnen Produktgruppen. Die Schlüssel werden dauern angepasst und korrigiert. In diesen Kosten befinden sich auch die Personalkosten. Die Personalkosten steigen zudem jährlich.

Seite 107 – 124

Stadtrat Bucher Theophil hat zwei Fragen. Auch wenn kurze Erklärungen vorhanden sind, ist es schwierig das Ganze zu verstehen und zu erkennen warum sich die Zahlen verändern. Bei der Produktgruppe 62 steht einerseits ein Hinweis, dass die Finanzierung der Spitex wegfällt und eine Reduktion bringt, und andererseits der Beitrag an den Lastenausgleich zentral über die Finanzbuchhaltung verbucht wird. Die dadurch eingesparten Beiträge sind aber auf der Produktgruppe 62 nirgends zu finden. Auch in der Produktgruppe 61 ist von den anders verbuchten Lastenausgleichsbeiträgen die Rede. Auf der Seite 115 sind jedoch nicht die reduzierten Kosten ersichtlich, sondern erhöhte Bundes- und Kantonsbeiträge. Es ist schwierig dies nachzuvollziehen. Stadtrat Bucher Theophil wäre froh, wenn die Lastenausgleichszahlungen erklärt werden könnten.

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, orientiert, dass es sich um eine komplexe Angelegenheit handelt. Der Beitrag an die Spitex ist durch das ganze Deckungsbeitragsschema neutral, weil der Beitrag über den Lastenausgleich abgerechnet werden kann. Dieser ist wieder weggefallen durch die Subventionsbeiträge des Lastenausgleiches. Der Betrag wirkt sich deshalb auf das Deckungsbeitragsschema nicht aus. Etwas anderes sind die effektiven Kosten der Stadt Burgdorf an den Lastenausgleich. Bei allen Produktgruppen, die Kosten im Lastenausgleich eingeben können, werden rund 16 Mio. Franken abgerechnet. Demgegenüber steht eine Belastung des ganzen kantonalen Lastenausgleiches, die die Stadt Burgdorf mitfinanzieren muss, von rund 6 bis 7 Mio. Franken. Bis jetzt wurden die 6 bis 7 Mio. Franken prozentual verteilt anhand der Kosten, welche im Lastenausgleich abgerechnet werden können. Diese Kosten wurden bei den Bundes- und Kantonsbeiträge als Belastung aufgeführt. Man hat nun mit den Verantwortlichen gemerkt, dass dies nicht Sinn macht. Wenn man die Kostenwahrheit zeigen will bei einer Produktgruppe dürfen solche Lastenausgleichszahlungen nicht so abgerechnet werden. Dies soll nun besser dargestellt und ersichtlich sein. Bei der Produktgruppe 51 sieht man nun die Kostenwahrheit. Vorher wurden die Beiträge mit dem Beitrag an den Lastenausgleich sehr verfälscht. Jetzt ist klar ersichtlich, ob eine Kostendeckung möglich ist oder nicht. Dies soll eigentlich das Ziel sein, dass der Beitrag an den Lastenausgleich nicht mehr in der Kostenrechnung eingebaut, sondern in der Finanzbuchhaltung abgewickelt wird. Für die Stadt Burgdorf ist dies kostenneutral und hat keinen Einfluss, aber auf die Produktgruppe wirkt sich dies entsprechend aus.

Seite 125 – 135

Stadträtin Mumenthaler Regina hat eine Frage zur Seite 127. Die Sache mit der Pensionskasse ist unverständlich. Offensichtlich hat die Stadt Burgdorf ein Darlehen von Fr. 600'000.-- an die Pensionskasse gegeben. Nachher ist die Rede von 6.8 Mio. Franken plus Zinsen. Es ist unmöglich, dass die Zinsen einen solchen hohen Betrag ausmachen. Zudem steht, dass dies kompensiert wird mit tieferen Arbeitgeberbeiträgen. Bedeutet das, dass der Betrag vollständig kompensiert werden kann?

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, orientiert, dass dies in der genehmigten Stadtratsvorlage aufgeführt wurde. Es wurde beschlossen, dass der Beitrag, der die Stadt Burgdorf für die Ausfinanzierung der Pensionskasse finanziert, nicht über die Kostenabwicklung abgerechnet wird. Dies hätte die Stadt Burgdorf gar nicht finanzieren können. Man hat entschieden, dies in einer Form eines Darlehens

zu machen. Das Darlehen wird Ende Jahr in Rechnung gestellt. Das Darlehen wird amortisiert mit den erhofften Einsparungen der Arbeitgeberbeiträge. Diese Einsparungen sollten Fr. 600'000.-- ausmachen. Der Zins konnte zwar sehr günstig aufgenommen werden, aber der Zins wird nicht der Rechnung belastet, sondern das Darlehen wird immer mit dem Zins aufgefüllt. Es wird dadurch um 2 Jahre länger amortisiert. Die Stadt Burgdorf hat dadurch keine Kosten für die nächsten 12 Jahre, hat aber keine Entlastung der Arbeitgeberbeiträge.

Stadträtin Mumenthaler Regina möchte wissen, ob sich die 6.8 Mio. Franken auf die Zukunft beziehen.

Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass es sich dabei um den Betrag handelt, der anfangs Jahr in die Pensionskasse einbezahlt werden muss. Dies erfolgt gemäss Stadtratsbeschluss.

Schlussabstimmung

1. Für das Jahr 2011 sind die folgenden **Gemeindesteuern** zu erheben:
 - a) Auf Einkommens, Vermögens- und Gewinnsteuern das 1,63-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Wertes;
 - c) Die Nachsteuern;
 - d) Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert das 0,125-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 1.

2. Der **Aufwandüberschuss** im Voranschlag 2011 von 3'710'907.84 Franken sowie die **Saldi** der Laufenden Rechnung 2011 der nachfolgend genannten **Organisationseinheiten** und **Produktgruppen** (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD:	PG 10, 11, 12 und 13
BauD:	PG 20, 21, 22, 23 und 24
ESiD:	PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
BiID:	PG 50, 51, 52 und 53
SozD:	PG 60, 61, 62 und 63
FinD:	PG 70 und 71

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja und 11 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ziffer 2.

3. Die **Hundetaxe** wird auf Fr. 100.00 pro Hund festgesetzt (AHV- und IV-Berechtigte, die in bescheidenen Verhältnissen leben, bezahlen auf Gesuch hin Fr. 30.00 pro Hund).

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja und 1 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ziffer 3.

Parlamentserklärung FDP-JF

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat für 2012 ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhungen vorzulegen.

Der Stadtrat überweist mit 20 Ja und 15 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung die Parlamentserklärung.

6. Motion Urs Pfister (CVP) betreffend ¼ Stunden-Takt Busverkehr

Stadtrat Pfister Urs informiert, dass es nicht Absicht ist, den öffentlichen Verkehr zu bekämpfen. Es geht nur darum, das Angebot den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen, die Aufgaben wirtschaftlich und sparsam zu lösen sowie Steuergelder zu sparen. Die Stadt Burgdorf hat schlicht das Geld nicht, um eine Angebotsdichte wie bei den wirklichen Städten anzubieten. Die Stadt Burgdorf ist zu klein und das Angebot wird von zu wenigen Fahrgästen genutzt. Es ist fragwürdig, dass die Linie Bahnhof-Altersheim sogar bis zum Geissrütliweg geht, da die Distanz bis zum Bahnhof Oberburg nur rund 200 Meter beträgt. Das Geld schwindet täglich in der Stadtkasse, wenn man Busse mit nur 2 bis 4 Fahrgästen sieht. Bei diesen wenigen Fahrgästen kann man fast sagen, dass sie Nutzniesser von besonderen Leistungen sind. Diese sollten eigentlich die Kosten gemäss Verursacherprinzip selber tragen. Dies wäre allerdings administrativ etwas schwierig. Die Lösung wäre die allgemeine Erhöhung der Fahrpreise. Das wiederum bewirkt einen Teufelskreis, weil die Erhöhung die üblichen Fahrgäste vertreiben würde. Es ist nachvollziehbar, dass sich die BLS AG positiv zum Busverkehr äussert. Jeder Unternehmer wünscht sich solche Kunden, die die Rechnung zahlen und die Leistungen nicht hinterfragen. Die Stadt Burgdorf hat jedoch das Geld nicht um die Leerfahrten zu bezahlen. Um dem GR mehr Handlungsspielraum zu geben, ist Stadtrat Pfister Urs bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Gemeinderat Kolb Martin teilt mit, dass eine ausführliche schriftliche Stellungnahme vorliegt. Die Stadt Burgdorf ist wie alle Städte mit der Problematik eines zunehmenden Verkehrswachstums betroffen. Auf der anderen Seite stagnieren die Kapazitäten des Strassenverkehrs. Das Wachstum auf den Burgdorfer Strassen beträgt pro Jahr ca. 1% und kann nicht beeinflusst werden. Man kann jedoch beeinflussen, wie man mit diesem Zuwachs umgeht und mit welchen Mitteln man im Bereich nachhaltiger Mobilität reagieren will. Aus der ZMB aus dem Jahre 2006 geht klar hervor, dass der Bau einer Umfahrungsstrasse alleine für die Bewältigung der zukünftigen Mobilitätsbedürfnisse nicht reichen wird. Zudem ist die Entlastung, wenn sie überhaupt gebaut werden kann, nicht in den nächsten Jahren zu erwarten. Es braucht deshalb einen ausgewogenen Ausbau von allen Verkehrsarten, um die zunehmende Verkehrsmenge zu bewältigen. Neben der Umfahrungsstrasse ist auch die Verdichtung der Fahrpläne von Bus und Bahn eine grundlegende Notwendigkeit. Eine Entlastung der Hauptachse, insbesondere vom Pendler- und Freizeitverkehr, nimmt eine zentrale Rolle ein. Die ist nur mit einer Taktverdichtung auf allen Linien möglich. Dies waren auch die Gründe, warum der GR im Jahr 2008 und der SR im Jahr 2009 dem Angebotsausbau zugestimmt haben. Das durchschnittlich jährliche Wachstum über alle Buslinien im Raum Burgdorf hat in den letzten Jahren rund 7 – 10% ausgemacht. Aufgrund der Taktverdichtung zum 15-Minutentakt im ersten Semester 2010 hat die Anzahl Passagiere um rund 100'000 gesteigert werden können, von rund 760'000 auf 860'000 und dies innerhalb eines halben Jahres. Auf der Linie zum Gyri beträgt die Zunahme 23%, der Linie zum Gymer 35% und zum Spital immerhin noch 8%. Eine Rückstufung des Angebotes würde zum krassen Gegensatz zu der breiten Nachfrageentwicklung stehen. Zudem würde wieder vermehrt auf Privatautos umgestiegen. Damit würde die Negativspirale mit mehr Stau noch mehr drehen. Entlang der Ortsdurchfahrt werden zurzeit vom Kanton verschiedene öV-Priorisierungen geprüft und im Rahmen der Sanierung realisiert. Dadurch kann das Stauaufkommen entsprechend entschärft werden. Der Grossrat hat dies bereits vorgängig beschlossen. Aus diesen dargelegten Fakten gibt es keinen Anlass, die Aufhebung des 15-Minutentaktes zu erarbeiten. Der GR beantragt deshalb die Ablehnung der Motion.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion einstimmig abgelehnt wird. Der Angebotsausbau wurde erst mit dem Fahrplanwechsel 2010 umgesetzt und läuft damit noch kein Jahr. Die SP-Fraktion lehnt es ab, dass durch subjektiv und nicht auf Fakten abgestützte Einschätzungen einfach Angebote gestrichen werden sollen. Die SP-Fraktion unterstützt die Haltung des GR. Die Kundenfrequenzen sollen erfasst und dargelegt werden. Erste Ergebnisse werden Ende Jahr oder anfangs Jahr vorliegen sowie eine Gesamtbetrachtung nach dem dreijährigen Versuchsbetrieb. Im ersten Semester sind bereits Zunahmen zu verzeichnen. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Stadt Burgdorf seine aktuellen Verkehrsprobleme, auch die der Zukunft, mit einem guten öV-Angebot bewältigen muss. Dazu gehört auch der 15-Minutentakt im Busverkehr.

Stadträtin Heimgartner Gaby, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass der SR vor eineinhalb Jahren zum 15-Minutentakt ja gesagt hat. Das Angebot läuft für drei Jahre. Zum jetzigen Zeitpunkt wird das Angebot sicher nicht abgeschafft. Wie bereits erwähnt, werden noch Auswertungen folgen. Die BDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass die Motion abgelehnt wird. Es gibt dafür zwei Gründe. Erstens ist es der falsche Zeitpunkt und zweitens sind die Auswirkungen verkehrspolitisch unsinnig. Das erweiterte Angebot, insbesondere der 15-Minutentakt, ist nun knapp ein Jahr verfügbar. Im öffentlichen Verkehr brauchen die Ausbauschritte mindestens zwei, besser drei Jahre um punkto Frequenzen und Nutzung seriös ausgewertet zu können. Die Stadt Burgdorf hat sich zu Recht bei allen regionalen und kantonalen Stellen für den 15-Minutentakt eingesetzt. Wenn man bedenkt, dass sich alle zuständigen Burgdorfer Behörden inklusive SR einstimmig dafür eingesetzt und zugestimmt haben, dass die verlangte Kehrtwende nicht seriös ist. Es führen auch verkehrspolitische Gründe zu der Ablehnung der Motion. In der Begründung wird unter anderem gesagt, dass das Angebot nur sehr mässig genutzt wird. Es ist aber auch wahr, dass gewisse Kurse im ersten Jahr bereits überfüllt sind. Es ist klar, dass die Busangebote zeitlich unterschiedlich ausgelastet sind. Man kann aber nicht einfach beim Taktfahrplan ein paar schlecht laufende Kurse streichen. Der öffentliche Verkehr ist in einer Stadt auf eine konstante Taktdichte angewiesen. In der Begründung wird sogar behauptet, dass die Busse für den Stau auf der Hauptverkehrsachse verantwortlich ist. Diese Aussage ist nicht haltbar, denn wenn man sich die Auswirkungen überlegen würde, wenn nur ein kleiner Teil der Fahrgäste auf das Auto umsteigt. Der volkswirtschaftliche Schaden und die Umweltbelastung wären viel höher als der Nutzen. Es ist nicht Absicht, den Motionär persönlich anzugreifen. Der Zeitpunkt ist viel zu früh. Es ist wichtig, dass der GR das erweiterte Busangebot begleitet und mit den Spezialisten des Kantons und der BLS AG untersucht. Es ist auch richtig, dass zu einem späteren Zeitpunkt eventuell Anpassungen vorgenommen werden müssen. Eine Auswertung des Angebots ist eine dauerhafte Aufgabe und bezieht sich nicht nur auf neu eingeführte Angebote. Auch bestehende Angebote müssen immer wieder überprüft werden. Die Motion wird aus diesen Gründen abgelehnt. Stadtrat Ritter Michael teilt als persönliche Meinung mit, dass er von einem Bericht des GR über die Auswertung des Angebotes nicht Angst hat. Einem allfälligen Postulat wird Stadtrat Ritter Michael zustimmen. Die Motion ist leider total daneben.

Der Stadtrat lehnt das Postulat mit 6 Ja und 30 Nein Stimmen ab.

7. Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend Änderung des Sozialpreisreglements

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass die Motion eingereicht wurde und der GR eine ausführliche Antwort gegeben hat. Die GFL-Fraktion ist erfreut über die Antwort und die Zusage zur Änderung des Reglements. Die GFL-Fraktion ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Der Stadtrat überweist das Postulat mit 35 Ja und 1 Nein Stimmen an den Gemeinderat.

8. Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend erweiterte Möglichkeit der Akteneinsicht

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass man Kenntnis genommen hat von der Belehrung. Die GFL-Fraktion hat den Auftrag an das Stadtratsbüro eingereicht. Die Motion wird in diesem Sinn zurückgezogen.

Die Motion wird zurückgezogen.

9. Motion Urs Pfister (CVP) betreffend Produktegruppe 1100 – P Stadtmarketing

Stadtrat Pfister Urs teilt mit, wenn der GR den Vorstoss aus formellen Gründen ablehnen will, wird auf den Artikel 7 Absatz 1a des Gemeindegesetzes hingewiesen, wo eine sorgsame Bewirtschaftung und eine sparsame Verwendung von öffentlichen Geldern verlangt wird. Es stellt sich die Frage, ob das Stadtmarketing eine Aufgabe der Stadt Burgdorf ist. Es ist klar, dass die Motion aus rechtlichen Gründen keine Chance hat, weil es in Gemeinderatskompetenz ist. Man müsste also die Reglemente ändern, aber dies würde die Effizienz kaum fördern. Stadtrat Pfister Urs ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Marketing betreibt eine Person, die etwas verkaufen will. Was hat die Stadt Burgdorf zu verkaufen? Das Schloss, sanierungsbedürftige Strassen, Häuser, Plätze, eine leere Altstadt oder Verkehrs- und Parkplatzprobleme? Zuerst müssen wir doch unsere internen Probleme lösen

bevor man einen Standortwettbewerb mit anderen Städten anstreben will. Zur Wahrung der Interessen, dem Neuzuzügerapéro, dem Wirtschaftsapéro, dem Beitrag an Pro Burgdorf und dem Tourist Office kann zugestimmt werden, aber nicht für eine halbe Million Franken und mehr. Die unbestrittenen Kosten könnte einfach auf andere Produkte verteilt werden. Die Stadt Burgdorf ist nicht wie Thun, die eine ganze Wirtschaftsregion vertritt und eine touristische Bedeutung hat. Trotzdem will man in Burgdorf mehr ausgeben als in Thun. Mit den begrenzten Möglichkeiten an Investitionen können wir uns nicht weiterentwickeln und werden in einen Nachholbedarf hineinlaufen oder die Steuern müssen erhöht werden. Dann wird das Stadtmarketing ohnehin überflüssig.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass bei den schriftlichen Beantwortungen von Vorstössen immer zuerst über den formellen Teil informiert wird. Im formellen Teil wird erläutert, in welcher Kompetenz das Anliegen liegt. Im zweiten Teil wird über den materiellen Teil informiert. Es ist klar, dass es lehrerhaft klingt, wenn der GR sagt, was man darf und was nicht. Dies wurde jedoch ausdrücklich von der GPK gewünscht und damit wird der SR transparent informiert. Das Vorgehen kann komisch wirken, aber es ist für die Transparenz förderlich. Die Forderungen des Vorstosses liegen in Gemeinderatskompetenz. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth versteht nicht, wie Stadtrat Pfister Urs so über seine Stadt Burgdorf sprechen kann. Die Stadt Burgdorf hat sicherlich Probleme um die sie sich kümmern muss, aber Burgdorf hat eine hohe Lebensqualität. Mit den Investitionen der letzten Jahre hat sich Burgdorf aufgerüstet. Burgdorf hat ein wunderbares Schloss mit dem wir unser Wahrzeichen nach aussen verkaufen können. Das Schloss gehört dem Kanton. Wir haben eine schöne Altstadt, auf die wir stolz sein können. Man kann auch immer das Schlechte zeigen und über die Stadt Burgdorf schlecht sprechen, und dann braucht es wirklich kein Stadtmarketing. In diesem Fall braucht es aber auch kein SR mehr und man führt die Gemeindeversammlung wieder ein. Wir wollen doch gemeinsam für unsere Stadt etwas machen und erreichen. Das Stadtmarketing hat Werte um Burgdorf zu verkaufen. Das Stadtmarketing macht auch Marketing gegen innen und hilft, dass sich Neuzuzüger wohl fühlen und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft fördert. Der Motionär soll sagen können, dass es schön ist in Burgdorf und eine grosse Lebensqualität herrscht. Burgdorf ist die Stadt im Emmental mit einem tollen Naherholungsgebiet.

Der Stadtrat lehnt das Postulat mit 3 Ja und 33 Nein Stimmen ab.

10. Dringliche überparteiliche Interpellation GFL / EVP / SP betreffend die Sanierung des Casino

Gemeinderat Probst Andrea teilt mit, dass eine ausführliche Antwort vorliegt. Seit vier Jahren ist die Casino-Theater AG an einem Sanierungsprojekt. Die Geschichte kann in der Stellungnahme nachgelesen werden. Seit diesem Jahr amtiert Gemeinderat Probst Andrea als Verwaltungsratspräsident. Es liegt ein turbulentes Jahr hinter der Casino-Theater AG. Eine AG ist eigentlich eine eigenständige Firma im Sinn des OR. Wenn Gemeinderat Probst Andrea nicht im GR und dem Verwaltungsrat der Casino-Theater AG sitzen würde, hätte man diese anfragen müssen, ob sie die Fragen der Interpellation beantworten würden. Der GR ist vertreten im Verwaltungsrat. Es ist zwar praktisch, aber kann auch problematisch sein. Bei der Erarbeitung der Stellungnahme war es nicht immer einfach, den gleichen Kopf unter zwei Hüte zu bringen und für beide Seiten das richtige zu machen. Trotzdem war man über die Interpellation froh, weil es Gelegenheit gibt den SR zu informieren. Nach dem Rückzug des Subventionsgesuchs an den GR Ende des letzten Jahres hat man in der Zwischenzeit reagiert. Das Casino ist fit und die Veranstaltungen können durchgeführt werden. Es ist verantwortbar, dass Personen unterhalb des Balkons sitzen. Der SR wird Ende Jahr oder anfangs nächsten Jahres detailliert über das Gesuch informiert. Zuerst kommen potenzielle Geldgeber, unter anderem die Stadt Burgdorf sowie die Burgergemeinde, an die Reihe. Es werden auch Finanzierungspläne erstellt. Es wird ein langer Prozess mit dem Projekt und den diversen Varianten.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, dankt für die Antworten. Im Sinn der Öffentlichkeitsarbeit ist man froh über die Antwort. An den Krimitagern wurde ersichtlich, wie wichtig das Casino ist. Das Casino hat eine wichtige Funktion in der Stadt und es muss versucht werden, dass man weiterkommt und für alle eine gute Situation schaffen kann.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

11. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Pausenraumgestaltung Schulhaus Pestalozzi

Gemeinderat Probst Andrea informiert, dass man versucht, die Bedingungen so schnell als möglich zu verbessern.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, dankt für die Antwort. Das Anliegen soll rasch umgesetzt werden. Es soll eine Lösung geben, die den jüngeren Kindern gerecht wird. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass man zwar eröffnen konnte, aber trotzdem eine Zeitverzögerung hat. Dies ist ein bisschen unschön. Wäre es nicht möglich gewesen, mit einer entsprechenden frühzeitigen Planung dies zeitgerechter zu realisieren? Die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft, den Eltern und den Fachstellen soll verbessert werden. Die Eltern, Lehrerschaft und Schüler einzubinden ist nicht schlecht, aber dies kann alleine nicht die Lösung sein. Die Mitwirkung aller Beteiligten ist okay, aber es wäre wünschenswert, dass solche Projekte frühzeitig geplant werden. Die Kinder sollen nicht so lange auf einen entsprechenden Pausenplatz warten müssen.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

12. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Prämienzahlungen bei Bauaufträgen der Stadt Burgdorf

Gemeinderat Kolb Martin teilt mit, dass die Antwort schriftlich vorliegt. Gemeinderat Kolb Martin möchte auf eine interessante Begebenheit hinweisen. In der Erinnerungsschrift zur Einweihung des neuen Gymnasiums vom 3. August 1904 geht es um das alte Waisenhaus beziehungsweise das alte Gymnasium, wo heute die Musikschule Zuhause ist. In dieser Schrift steht auf der Seite 6, wo es um den Bau im Jahre 1833 geht: „Er, Bauinspektor Roller, verpflichtet sich, das Gebäude im Laufe des September 1833 soweit vollendet zu haben, dass nicht nur die äussere Form desselben, sondern auch aller Einbau soweit fertig sei, dass je nach der Trocknung die Verschalung durch Holz, Gips und Tapeten grösstenteils vor Ablauf des Jahres 1833 vorgenommen und beendet werden könne. Wenn obige Verpflichtungen nicht gehalten werden, so soll, falls sich der Bauinspektor genügend ausweisen kann, das von den einen oder anderen der Handwerksleuten das Hindernis der Einhaltung der Termine herührt, der betreffende Handwerksmann laut der vom Bauinspektor mit ihm abgeschlossene Akkorde eine der ganzen Akkordsumme angemessene Busse bezahlen. Wo nicht, so wird der Bauinspektor seine eigene Schuld mit Fr. 200.-- büssen. Hält er aber pünktlich sein Wort, so soll er eine Prämie vom gleichen Betrage erhalten.“ Schon unsere Vorfahren haben sich im Bauwesen mit Bussen und Prämien auseinandergesetzt. Es ist also nichts Neues.

Stadtrat Sägesser Heinz, namens der GFL-Fraktion, dankt für die Ausführungen. Die GFL-Fraktion wird sich jedoch vorbehalten einen weiteren Vorstoss in dieser Richtung zu machen. Prämienzahlungen sind nicht überall üblich. Es wäre wohl einfacher, wenn eine Regelung bestehen würde und der SR nicht erst bei der Kreditabrechnung davon Kenntnis nehmen kann.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

13. Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Einnahmen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus öffentlichen Ämtern und Nebenbeschäftigungen

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Pfister Urs orientiert, dass er mit der Antwort teilweise befriedigt ist. Es bleiben jedoch einige klärende Detailfragen. Es wurde keinem Mitarbeitenden unanständiges Verhalten unterstellt. Es wurden einzig Entschädigungsfragen gestellt. Es stellt sich trotzdem eine Frage zum Verzicht des Sitzungsgeldes der Stadtpräsidentin. Profitiert hier der Kanton oder fliessen die Sitzungsgelder an die Stadt Burgdorf? Ist die Interpretation richtig, dass das Stadtpräsidium eine Ausnahme zur 15 Arbeitstagregelung gilt? Demnach wird der volle Lohn während der Abwesenheit im Grossrat ausbezahlt? Ist die Localnet nicht die zweite Ausnahme nebst dem Parkhaus? Werden bei der Localnet keine Sitzungsgelder und Honorare ausbezahlt? Zählt das Stadtpräsidium nicht zur Stadtverwaltung?

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass ihr Sitzungsgeld vom Grossrat an die Stadt Burgdorf ausbezahlt wird. Bei der Teilnahme an diversen Sitzungen, wie zum Beispiel Region Emmental oder der Pensionskasse, handelt es sich um einen Bestandteil ihres Berufes. Die Sitzungsgelder bleiben bei den entsprechenden Institutionen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin möchte nicht schulmeisterlich daher kommen, aber gemäss Artikel 30 zu den Interpellationen kann eine Aussprache verlangt werden, wenn mindestens 10 Ratsmitglieder dies wünschen. Die Interpellation ist eigentlich ein Frage- und Antwortspiel zwischen dem Parlament und dem GR.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

10. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Fraktion Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend eine Steuererhöhung ist unumgänglich
- Motion Fraktion Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Änderung der Verordnung über die Benützung von öffentlichen Anlagen
- Motion FDP-JF-Fraktion betreffend Einführung einer Finanzkommission
- Dringliche Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend „Laufen die Burgdorfer Finanzen aus dem Ruder?“ (Das Büro des Stadtrates stimmt der Dringlichkeit zu.)

Stadtrat Gübeli Thomas teilt mit, dass er aufgrund seines Rücktrittes per Ende Jahr aus dem SR die erste Runde im Stadthaus übernimmt. An dieser Stelle dankt Stadtrat Gübeli Thomas für die angenehme Zusammenarbeit.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass das Schlussessen anschliessend an die Sitzung vom 13. Dezember 2010, ca. 19.30 Uhr im Restaurant Casino stattfindet. Die Anmeldungen nimmt Frau Henzi Brigitte bis 2. Dezember 2010 entgegen. Der Vorsitzende dankt Frau Henzi Brigitte für ihre geleistete Arbeit. Im Weiteren informiert der Vorsitzende, dass im Restaurant Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll


Martin Aeschlimann


Brigitte Henzi